

XXIII. GP.-NR

208 /J

20. Dez. 2006

ANFRAGE

der Abgeordneten Lunacek, Sburny, Rossmann, Freundinnen und Freunde

an die Bundesministerin für auswärtige Angelegenheiten

betreffend Schaffung einer Entwicklungsbank in der AWS und damit Verschiebung von Personalkosten – Entwicklungshilfe für die AWS?

Finanzminister Karl-Heinz Grasser plant laut einem Bericht in der Tageszeitung „Der Standard“ vom 17.10. 2006 eine Entwicklungsbank nach Vorbild der European Development Finance Institutions (EDFI) in Österreich zu gründen. Angesiedelt werden soll die neue Entwicklungsbank nach Meinung des Finanzministeriums überraschenderweise als direkte Tochter bei der Spezialbank des Bundes für unternehmensbezogene Wirtschaftsförderung – der Austria Wirtschaftsservice (AWS).

Dieser Plan des Finanzministers scheint selbst innerhalb der Regierung nicht auf ungeteilte Zustimmung zu stoßen. Im oben erwähnten Medienbericht hat Ihre Pressesprecherin zwar versichert, dass keine Auffassungsunterschiede bestehen, aber auch gleichzeitig betont, dass geprüft werden muss, wie groß Österreichs Bedarf für eine Entwicklungsbank wirklich sei und welche Ziele diese verfolgen sollte. Außerdem müsse ein neues Institut Schnittstellen zur Austrian Development Agency (ADA) haben und mit der Official Development Assistance (ODA) der OECD kompatibel sein. Weiters würde das Außenamt besonderen Wert darauf legen, dass Entwicklungshilfegelder extrem sparsam eingesetzt werden und die Gelder möglichst ungekürzt in die Entwicklungszusammenarbeit gehen.

Seitens der AWS will die geplante Bank Export- und Entwicklungsförderung betreiben, wo der Staat versage. Der Verwaltungsaufwand betrage weniger als zwei Prozent der Investitionskosten und man habe mit dem Ost-West-Fonds Erfahrung in Direktinvestitionen. ... (einfachbarkeit?)

In einem früheren Standard-Artikel vom 12. 10. 2006 heißt es: „*Unangenehme Nebenwirkungen hat das Debakel des Papier- und Kartonherstellers Heinzel Group in den Niederlanden für die Austria Wirtschaftsservice: Die staatliche Förderbank muss heuer einen Abgang von mehr als 21 Mio. Euro verbuchen, weil eine Garantie für Modernisierung und Expansion des 2002 vom Konzern des Ex-ÖIAG-Präsidenten Alfred Heinzel übernommenen niederländischen Kartonherstellers De Eendracht B.V. schlagend wurde, erfuhr der STANDARD aus Aufsichtsratskreisen. (...) Unterm Strich bleibt ein Abgang in Höhe von 23,3 Mio. Euro – das größte aushaltende Obligo, das in der 2002 gegründeten AWS jemals schlagend wurde. Dieses muss vom Finanzministerium, also von der öffentlichen Hand, abgetragen werden.*“

Gleichzeitig könnten mit der Ansiedlung der Entwicklungsbank bei der AWS rund 25 MitarbeiterInnen von der AWS in diese Bank „ausgelagert“ und das Personalbudget der AWS entlastet werden. Der Hintergrund: Kredite und Darlehen der

Entwicklungsbank sind nach den Kriterien des OECD-DAC in die offizielle österreichische EZA-Quote nur teilweise und unter bestimmten Bedingungen anrechenbar, aber das Personal sowie das Eigenkapital der neuen Förderbank zur Gänze.

Der Verdacht steht im Raum, dass nicht nur rein fachliche, Ressourcen optimierende Überlegungen bei den Plänen des BMFs, die Entwicklungsbank bei der AWS anzusiedeln eine Rolle spielen, sondern dass damit insbesondere die AWS-Verluste ausgeglichen werden sollen.

Laut „Der Standard“ wurde die AWS Geschäftsführung beauftragt, einen Geschäftsplan für eine Bank für Entwicklungsfinanzierung zu erarbeiten. Dieser wurde von den beiden AWS-Geschäftsführern Peter Takacs und Horst Bednar am 20. September 2006 in einer außerordentlichen Generalversammlung, welche auch gleich die Rahmenbedingungen beschloss, präsentiert.

„Eine "angemessene Kapitalausstattung sind demnach 50 Millionen Euro, die die neue AWS-Bank nicht gewinnorientiert über Eigenkapital, Mezzanine und Darlehen quasi als "Hilfe zur Selbsthilfe" geben wird – vornehmlich in Südosteuropa und am Westbalkan, um dort das Wirtschaftswachstum des privaten Sektors fördern. Dabei stellt die AWS sicher, wie in einem internen Papier ausgeführt, "dass unter Einbeziehung der österreichischen Wirtschaft günstige Voraussetzungen für konkrete Projekte geschaffen werden.““¹

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher folgende

ANFRAGE:

1. Welche konkreten Instrumente soll die Entwicklungsbank anbieten?
2. Inwieweit ist sichergestellt, dass die neu zu schaffenden Instrumente entwicklungspolitischen Kriterien vollständig entsprechen?
3. Wie wird sichergestellt, dass auch die Schwerpunktländer der österreichischen Entwicklungszusammenarbeit in Afrika, Asien und Lateinamerika Nutznießer der Instrumente der Entwicklungsbank sind?
4. Wie kann sichergestellt werden, dass die neue Entwicklungsbank nicht ein reines Förderinstrument für die österreichische Wirtschaft ist sondern insbesondere entwicklungspolitischen Zielsetzungen dient?
5. Inwieweit sind MitarbeiterInnen der Entwicklungszusammenarbeitsabteilung des Außenministeriums in die Konzepterstellung für eine Entwicklungsbank eingebunden gewesen und werden dies auch in Zukunft sein?

¹ Der Standard, 17.10.2006

6. In welcher Form ist die konkrete Zusammenarbeit der künftigen Bank mit den entwicklungspolitischen ExpertInnen des Außenministeriums und der Austrian Development Agency (ADA) geplant?
7. In welcher Form ist eine konkrete Zusammenarbeit der künftigen Bank mit den entwicklungspolitischen ExpertInnen von Nichtregierungsorganisationen geplant?
8. Wie hoch schätzen Sie den Anteil der durch die Entwicklungsbank vergebenen Mittel, der in die offizielle EZA-Quote eingerechnet werden kann?
9. Welche entwicklungspolitischen Kompetenzen zur Beurteilung von Projekten der Entwicklungsbank sind Ihrer Meinung nach derzeit in der AWS vorhanden?
10. Ist für die Aufgabenerfüllung der geplanten Entwicklungsinstitution wirklich die Neugründung einer staatseigenen Bank notwendig oder gäbe es dazu aus Ihrer Sicht und in Kenntnis der österreichischen EZA-Strukturen nicht auch alternative Konstruktionen?

